

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

## Kurz kommentiert: Großbritannien - Strukturpolitik - Entwicklungshilfe - Krankenversicherung - Bulgarien

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1977) : Kurz kommentiert: Großbritannien - Strukturpolitik - Entwicklungshilfe - Krankenversicherung - Bulgarien, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 1, pp. 5-6

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135027>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

---

## Großbritannien

### IWF-Kur

---

Der Großbritannien vom Internationalen Währungsfonds eingeräumte Beistandskredit ist mit rd. 3,9 Mrd. \$ das bisher höchste Darlehen in der über dreißigjährigen Geschichte des Fonds. Den weitaus größten Teil des Kredits finanzieren im Rahmen der Allgemeinen Kreditvereinbarungen die USA mit 1,1 Mrd. \$ sowie die Bundesrepublik mit 911 Mill. \$. Die Geberländer erhoffen sich von dieser Aktion die Überwindung der britischen Wirtschafts- und Zahlungsbilanzprobleme, an der sie ein erhebliches wirtschaftliches und politisches Eigeninteresse haben. Denn nichts käme etwa der Bundesrepublik ungelegener als das Aufblühen eines britischen Handels- und Wirtschaftsprotektionismus oder eine wachsende politische Unruhe unter den englischen Arbeitnehmern.

Die Hoffnungen der Geberländer sind dabei weniger an den Kredit an sich als an die wirtschafts- politischen Bedingungen der Kreditvergabe gekoppelt. Ob sich diese Bedingungen – Einschränkungen der öffentlichen Ausgaben, Verlängerung des „sozialen Kontrakts“, keine Einführung handelshemmender Maßnahmen – durchsetzen lassen, ist allerdings ungewiß. Denn Schatzminister Denis Healey nahm die Auflagen zwar in einer „Absichtserklärung“ an. Ihre Durchsetzung hängt jedoch auch wesentlich von den Gewerkschaften ab. Bisher haben diese zur Mäßigung aufgerufen, um die Labour-Regierung über Wasser zu halten. Angesichts einer Situation, in der das Absinken des Lebensstandards immer stärker spürbar wird, ist es aber fraglich, wie lange die britischen Arbeitnehmer sich noch an den sozialen Kontrakt gebunden fühlen werden. erh

---

## Strukturpolitik

### Schreckgespenst Investitionslenkung

---

Wenige Sätze der Regierungserklärung von Bundeskanzler Schmidt haben einem alten Unternehmer-Schreckgespenst neues Leben eingehaucht: der Investitionslenkung. Dabei hatte der Kanzler lediglich eine Förderung struktureller Anpassungsprozesse im Rahmen einer „vorausschau-

enden Industriepolitik“ angekündigt. Hintergrund einer Aktivierung der sektoralen Strukturpolitik sind die selbst dem Sachverständigenrat inzwischen „echt“ erscheinenden strukturellen Probleme in der Bundesrepublik. Verstanden werden soll die zukünftige Bonner Strukturpolitik nicht als selektive Investitionslenkung mit staatlichen Vorgaben für die Wirtschaftsbereiche, sondern als globale Wachstumspolitik, die mit gesamtwirtschaftlichen und spezifischen Instrumenten Hindernisse des Strukturwandels aus dem Wege räumt.

Wichtigste Voraussetzung für eine solche wachstumsorientierte Strukturpolitik ist die Konzipierung einer sektoralen Strukturberichterstattung, die auf einem konsistenten und interdependenten Meßkonzept basiert, das in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eingebettet ist. Anhand der von den fünf wirtschaftswissenschaftlichen Instituten zu erstellenden Berichte zunächst über historische, später u. U. auch über zukünftige Strukturentwicklungen sollen Tendenzen und Hemmfaktoren des Strukturwandels erkennbar werden. Außerdem wird ein solches Diagnose- und Prognosesystem eine bessere Koordinierung der Industriepolitiken und eine Erfolgskontrolle für durchgeführte Strukturmaßnahmen ermöglichen sowie Erkenntnisse über das Zusammenspiel zwischen Marktkräften einerseits und staatlichen Rahmenbedingungen und strukturpolitischen Maßnahmen andererseits vermitteln. Damit wird deutlich, daß hier der Grundstein für eine systematische und effiziente Strukturpolitik gelegt wird. Wer hierin den ersten Schritt zur Investitionslenkung sehen will, hört die Flöhe husten. le

---

## Entwicklungshilfe

### Im Abseits

---

Sollten sich die ersten Verlautbarungen über den neuen Bundeshaushalt bei seiner endgültigen Verabschiedung als zutreffend erweisen, so dürfte sich der entwicklungspolitische Horizont für die Bundesrepublik erneut merklich verdunkeln. Mit der beabsichtigten Steigerung des BMZ-Etats werden sich kaum internationale Lorbeeren ernten lassen; vielmehr dürfte das ohnehin spürbar verschlechterte Image, das sich die Bundesrepublik vor allem durch ihre restriktive Haltung auf der letzten UNCTAD-Konferenz in Nairobi erworben

hat, einen weiteren Knacks bekommen, wenn es bei der geplanten Erhöhung von 3,0 auf 3,17 Mrd. DM bliebe.

Der Hinweis auf die im Vergleich zum Gesamtetat überdurchschnittliche Anhebung der Entwicklungshilfe zählt international wenig, vor allem deshalb, weil auch 1976 die bevorzugte Behandlung des BMZ-Etats ein Sinken des Anteils der öffentlichen Hilfe am Bruttosozialprodukt nicht verhindert haben dürfte. Dieser Maßstab hat international immer noch erhebliche Bedeutung. Enttäuscht und verärgert werden die Entwicklungsländer aber auch deshalb sein, weil noch vor einigen Wochen, als sich die Bundesregierung auf die vermeintlich letzte Runde des Pariser Nord-Süd-Dialogs vorbereitete, von einer mehr als 60%igen Aufstockung der Hilfe die Rede war. Die inzwischen auf März verschobene Abschlusssitzung wird zeigen, ob die jetzt geplante Steigerung der deutschen Entwicklungshilfe um 5,6% nur vorläufig sein soll, um Verhandlungsspielraum für die Pariser Konferenz zu gewinnen, oder ob die Bundesregierung sich weiterhin auf dem Weg ins entwicklungspolitische Abseits befindet. bo

---

## Krankenversicherung

### Reformpolitik à la Bonn

---

In ihrem Bemühen, einen Beitrag zur finanziellen Sanierung der Rentenversicherung zu leisten, ist es der Koalitionsregierung wieder einmal gelungen, ein zusätzliches Problem zu schaffen, ohne das anstehende tatsächlich zu lösen. Anstelle einer generellen Reform des Rentensystems – die aus Angst vor einer starken Wählergruppe nach bewährter Praxis ausgeklammert wurde – soll der Zuschuß der Rentenversicherungsträger für die Rentenkrankenversicherung erheblich reduziert werden. Um nun aber den Krankenkassen, die erst kürzlich für 1977 stabile Beiträge in Aussicht gestellt hatten, zur Abdeckung der für sie entstehenden Mehrbelastung zusätzliche Einnahmen zu beschaffen, planen die Koalitionsparteien zur Jahresmitte die Angleichung der Bemessungsgrenze der Krankenversicherung an die der Rentenversicherung. Der durchschnittliche Höchstbeitrag würde demnach von 260 DM im Vorjahr auf ca. 400 DM steigen, nachdem er schon im Zuge der allgemeinen Anhebung der Bemessungsgrenze auf 2550 DM mit Jahresbeginn ca. 300 DM erreicht hatte.

Übersehen hat die Regierung der „inneren Reformen“ bei ihrem Vorschlag, daß die Krankenkassen aufgrund ihrer unterschiedlichen Mitglie-

derstruktur nicht gleichmäßig an den Mehreinnahmen partizipieren. So liegt bei den Orts- und Innungskrankenkassen der Mitgliederanteil der Rentner wesentlich höher als z. B. bei den Ersatzkassen, die bevorzugt von freiwillig Versicherten frequentiert werden. Aber auch den Ersatzkassen droht Unbill, da wegen der unterlassenen Anhebung der Pflichtversicherungsgrenze die Abwanderung bestimmter Gruppen freiwillig Versicherter zu den preiswerteren Privatkassen zu befürchten ist. So wird die schon von den Krankenkassen angedeutete Anhebung der Beitragssätze um 1,2 Prozentpunkte zur Abdeckung der Mehrkosten wohl nicht zu umgehen sein. te

---

## Bulgarien

### Kreditprobleme

---

Angesichts des hohen Verschuldungsgrades der Staatshandelsländer gegenüber den westlichen Industriestaaten war zu erwarten gewesen, daß die staatlichen Außenhandelsbetriebe 1976 verstärkt versuchen würden, ihren negativen Außenbeitrag abzubauen. Dies galt insbesondere auch für Bulgarien, das noch 1975 einen Rekord-Passivsaldo gegenüber der Bundesrepublik aufwies: einem deutschen Export von rd. 1 Mrd. DM standen damals nur Einfuhren von rd. 230 Mill. DM gegenüber. Den jüngsten Daten über den deutsch-bulgarischen Handel zufolge ist die erwartete Entwicklung jedoch nicht in vollem Umfange eingetreten. Nachdem die Außenhandelsbeziehungen der UdSSR und Bulgariens mit der Bundesrepublik über Jahre hinweg ähnliche Entwicklungsrichtungen aufwiesen, scheint sich dies 1976 nicht fortgesetzt zu haben: Während sich der negative Außenbeitrag der UdSSR im Laufe des Jahres ständig verringerte, erhöhte sich der Passivsaldo Bulgariens seit Mitte 1976 wieder, nachdem er während der ersten Jahreshälfte kräftig gesunken war.

Diese Entwicklung erscheint weniger überraschend, wenn man sich vor Augen hält, daß ein so kleines Land wie Bulgarien im Außenhandelsbereich weit weniger flexibel ist als etwa die UdSSR. Betrachtet man die deutsch-bulgarischen Austauschbeziehungen näher, so zeigt sich, daß vor allem die Nachfragestruktur in der Bundesrepublik den Absatz bulgarischer Produkte bei uns erschwert, während andererseits der Bedarf an deutschen Industriegütern für die Weiterentwicklung der bulgarischen Wirtschaft unverändert hoch ist. Bleibt abzuwarten, wie es unter diesen Umständen um die künftige Kreditwürdigkeit Bulgariens im Westen bestellt sein wird. iwe